„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Ernste Lehren

Auf Seite 6 dieser Courier-Ausgabe beginnen wir mit dem Abdruck einer äußerst interessanten und lehrreichen Rede, welche Dr. Hermann Rüdiger von dem verdienstvollen Auslanddeutschen Institut in Stuttgart durch das Radio seinen Zuhörern im alten Vaterland übermittelt hat. In dieser Rede wird ein schätzenswerter Ueberblick über die Entwicklung und gegenwärtige Lage des Deutschtums in aller Welt gegeben. Möchten alle unsere deutschen Freunde den Abdruck dieser Rede aufmerksam durchlesen und durchstudieren, um dann Vergleiche zwischen unseren Verhältnissen in Canada und den Kämpfen und Fortschritten der Deutschsprechenden in anderen Ländern anzustellen.

Mag auch anderwärts nicht alles Gold sein, mögen auch anderwärts Schwächen und Mängel in der Organisation oder im einheitlichen Zielstreben des Deutschtums festzustellen sein, so müssen wir doch zugeben, daß unsere deutschen Brüder in verschiedenen anderen Teilen der Welt auf ganz andere Erfolge hinweisen können als wir Deutschcanadier. Manchen mag das vielleicht nicht so klar zum Bewußtsein kommen, weil wir hierzulande in unseren Wünschen und Forderungen viel zu bescheiden sind, oder weil wir von dem hohen Wert unseres Deutschtums, unserer deutschen Sprache und Kultur nicht genügend überzeugt sind, oder weil wir vielleicht gar aus erbärmlicher Angst vor den Herren Engländern uns scheuen, frei und offen uns zu unserer deutschen Sache in Canada zu bekennen. Jedenfalls geht aus einem Vergleich, wie wir ihn eben angedeutet haben, wenigstens das eine hervor, daß wir vom Deutschtum in der übrigen Welt noch viel zu lernen haben. Da wäre vor allem der Kampf um unsere völlige Gleichberechtigung im öffentlichen Leben des neuen Landes zu nennen. Dann sollten wir weit energischer uns für die Erhaltung unserer Muttersprache in Familie und Schule einsetzen. Ferner müßte mit aller Kraft an dem Aufbau großer und einflußreicher deutscher Organisationen gearbeitet werden. Ueberall sollten deutsche Vereine mit ernsten und hohen Zielen entstehen. Die deutsche Presse in Canada sollte zu einem Machtfaktor nach jeder Richtung ausgebaut werden, wozu ein ganz anderes Verständnis für die hochwichtige Bedeutung unseres Zeitungswesens erforderlich wäre.

Auf der nämlichen Seite veröffentlichen wir eine kurze Mitteilung über die Deutschenverfolgung in Südtirol und Polen. Wieviele von uns können zu tiefster Seele die Leiden dieser armen unterdrückten Brüder wirklich miterleben? Wieviele wissen aber auch daraus eine Lehre zu ziehen? Müssen wir uns nicht als traurige Kreaturen vorkommen, wenn wir lesen, daß zwei deutsche Südtiroler sich einkerkern und verbannen lassen, weil sie der deutschen Jugend des Etschtales deutschen Unterricht nach Schluß der Schulzeit erteilten, während wir nicht die geringsten Opfer für das heilige Erbgut der deutschen Sprache bringen wollen? Das sollte uns eine aufrüttelnde Mahnung sein, unser Deutschtum nicht nur bei gewissen Gelegenheiten wie einen Sonntagsrock anzuziehen, um ihn dann wieder abzulegen, sondern mit allen Kräften unseres Geistes und Herzens auch auf canadischem Boden der deutschen Sache zu dienen.

Die Abrüstungskomödie

Präsident Coolidge schlug den Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan vor, auf der bevorstehenden Abrüstungs-Konferenz in Genf Beschränkungen von Kreuzern, Zerstörern und Tauchbooten zu besprechen. Der Präsident sandte dem amerikanischen Kongreß eine Botschaft, die seinen Vorschlag an die Mächte ankündigt, der durch die amerikanischen Botschafter bei den betreffenden Ländern überreicht wurde. Durch die Vereinbarungen der Waffenkonferenz in Washington im Jahre 1922 wurden Kreuzer, Zerstörer und Tauchboote nicht eingeschränkt.

Der Präsident wendet sich gegen die Regierungen, die in Genf den Standpunkt vertraten, daß Fragen der Beschränkung von Luft-, Land- und Seerüstungen unzertrennlich seien. Er wiederholt, daß die Einschränkung der Seerüstungen von den hauptsächlichen Seemächten sofort erwogen werden sollte. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung sind Land- und Luftrüstungen im Wesentlichen regionale Vereinbarungen. Die amerikanische Luft- und Armeestärke stehen auf Mindestmaß. Ein Abkommen über Land- und Luftbegrenzung in anderen Teilen der Welt hängt nicht von der Herabsetzung amerikanischer Luft- und Landstreitkräfte ab. Die Denkschrift gibt zu, daß politische Verhältnisse in manchen Ländern eine Lösung der allgemeinen Abrüstungsfrage unmöglich machen können. Allein die Konferenz in Genf solle mit den Marinevorschlägen beginnen. Der Präsident war seit langem für ein neues Vorgehen in der Abrüstungsfrage und ist bereit, mit Amerikas Beteiligung und Ansehen hierbei mitzuwirken. Regierung und Volk der Ver. Staaten sind überzeugt, sagt er, daß Wettrüstungen eine der gefährlichsten Ursachen für internationales Mißtrauen und Zwietracht bilden und schließlich zum Krieg führen müssen.

Deutschenverfolgung in Südtirol und Polen

Tiefe Niedergeschlagenheit herrscht im ganzen südlichen Tirol ob der Nachricht, daß Prof. Josef Noldin von Salorno aus einem Gefängnis in Trient nach einem Internierungslager gebracht worden ist, von wannen er binnen wenigen Tagen nach einer Strafkolonie nördlich von Sizilien für die nächsten fünf Jahre geschickt werden soll. Sein Schicksal teilt Rudolf Riedl, ein Schullehrer von Tramino.

Die beiden hoch angesehenen Männer sind die Opfer des Faschisten-Prozesses der Italienisierung des südlichen Tirols, das im Frieden von St. Germain bekanntlich an Italien fiel. Dieser Prozeß geht, trotzdem vor etwa 10 Monaten von Rom das Versprechen der Uebung von Toleranz gegeben worden, unaufhaltsam weiter und hält die Bewohner, die von ihrem Deutschtum nicht lassen wollen, in hochgradiger Aufregung.

Dr. Noldin war seinerzeit verhaftet worden, weil er den Kindern nach den offiziellen Schulstunden deutschen Unterricht in seiner Wohnung erteilt hatte. Dr. Noldin stammt von einer alteingesessenen Familie in der kleinen Gebirgsstadt und sein Name wird mit Achtung in ganz Südtirol genannt. Er ist ein Opfer des italienischen Fanatismus geworden. Wegen einer ähnlichen Tat wurde Herr Riedl gänzlich eingezogen. Gegen keinen der beiden Männer wird die Anschuldigung erhoben, daß sie die Bevölkerung zu Gewalttaten aufgereizt hätten. **Es genügt, daß sie versuchten, der Jugend deutschen Unterricht zu erteilen.** Daß dieses außerhalb der regulären Schulstunden geschah, kam für die fremden Eroberer gar nicht in Betracht.

* * *

In einer Meldung über den Stand der Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrags zwischen Deutschland und Polen sagt das deutsche halbamtliche Wolff'sche Bureau, es sei leider nur zu wahr, daß eine bedenkliche Krise eingetreten und trotz der seit vielen Monaten andauernden redlichen Bemühungen Deutschlands kein Fortschritt erzielt sei, weder was eine vertragsmäßige Regelung der Einreise, des Aufenthalts und der Niederlassung von Personen, noch was die Zollbestimmungen betreffe.

„Die jüngste Ausweisung zahlreicher deutscher Staatsangehöriger aus Polen, namentlich aus Polnisch-Oberschlesien," heißt es in der halbamtlichen Erklärung weiter, „hat die Lage verschlimmert. Deutschland kann daraus nur den Schluß ziehen, daß die politische Bestrebung Polens geflissentlich dahin gerichtet ist, deutsche Unternehmungen in Polen durch Ausweisung von Deutschen zu verkrüppeln oder unmöglichen. Es spricht jeglichem Rechtssinn Hohn, daß Ausweisungen von Personen, die dabei um ihren Lebensunterhalt gebracht werden, ohne gesetzlichen Grund, lediglich aus nationalistischen Motiven, vorgenommen werden. Die entstandene Situation hat die Fortdauer der Unterhandlungen ernstlich gefährdet."

Weltumschau

Deutschland.

Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hat in einem Anhang zum Etat des Innenministeriums beantragt, ihr die Errichtung eines Instituts für die Aufnahme ausländischer Gäste in Berlin-Dahlem zu ermöglichen. Die Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft erfreuen sich des größten Ansehens in der internationalen wissenschaftlichen Welt. Sie sind vor dem Kriege von zahlreichen wissenschaftlichen Forschern der ganzen Welt aufgesucht worden, die ihre Arbeitserfahrungen mit den Erfahrungen der deutschen Gelehrten ausgetauscht haben. Nach dem Kriege hat das Interesse der ausländischen Gelehrten an den Kaiser-Wilhelm-Instituten nicht nachgelassen, die Anfragen nach Arbeitsplätzen nehmen vielmehr von Jahr zu Jahr zu, und zwar nicht nur von Gelehrten Deutschland im Kriege befreundeter und neutraler, sondern auch im Kriege feindlicher Staaten. Auch aus Frankreich und Amerika liegen solche Anmeldungen vor. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft denkt daher daran, ein Zentralinstitut für die Aufnahme ausländischer Gäste in Berlin-Dahlem zu errichten, in dem die ausländischen Gelehrten, die in den Dahlemer Instituten als Gäste aufgenommen zu werden begehren, Arbeitsräume finden können. Sie verbindet damit zugleich den Wunsch, ein wissenschaftliches Forschungszentrum in Deutschland für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit zu begründen und selber hervorragende Gelehrte des Auslandes aufzufordern, dort als Gäste Deutschlands für ein bis drei Jahre zu arbeiten. Sie verspricht sich weiter von der geplanten Einrichtung, daß das Verständnis für deutsche Wissenschaft und deutsches Wesen im Ausland bei geschickter Aufnahme der wissenschaftlichen Gäste wesentlich gefördert werden kann. Der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, v. Harnack, hat sich bereit erklärt, seine Einwilligung dafür zu geben, daß das Institut „Harnack-Haus" genannt wird. Erwünscht ist, den ausländischen Gelehrten neben dem Institut auch Gelegenheit zum Wohnen und zum gesellschaftlichen Verkehr zu schaffen. Außerdem werden später einige Forschungsstipendien eingerichtet werden müssen. Für das Wohngebäude werden öffentliche Mittel nicht erbeten; es ist Aussicht vorhanden, daß die Mittel dafür durch private Spenden aufgebracht werden, ebenso dürften die Stipendien durch private Spenden zusammenkommen. Für Laboratoriumsgebäude und Wohngebäude hat Preußen sich bereit erklärt, ein Grundstück im Werte von einer Million Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Das Reich wird die Baumittel für das Laboratoriumsgebäude in Höhe von einer Million Reichsmark beitragen. Hiervon werden für das Rechnungsjahr 1927 als erste Baurate 500,000 Reichsmark erbeten.

Reichsfunkkommissär Dr. Bredow übergab im Auftrage des Reichspostministers den bei Langenberg errichteten Rheinlandsender offiziell dem Betrieb. Dr. Bredow hob in seiner Ansprache hervor, daß die Lösung des Rundfunkproblems im Rheinland und Ruhrgebiet zu der schwersten Aufgabe gehört hätte, die dem Rundfunk bisher gestellt worden sei. Annähernd 50 Prozent der Einwohner des rheinisch-westfälischen Sendebezirkes, wobei der durch einen eigenen Sender versorgte Bezirk Münster nicht mitgerechnet ist, werden nach dem bisherigen Ergebnis mit einfachstem Detektorgerat empfangen können. Der neue Sender sei der größte Europas innerhalb des jetzigen Rundfunkwellenbereiches. Die aus aller Welt eingetroffenen Meldungen über seine Stärke seien verblüffend. Auch die Qualität seiner Uebertragung sei in jeder Beziehung befriedigend.

Fünf neue Flug-Weltrekords wurden von dem Führer Steindorf mit einer Rohrbachmaschine von drei Motoren mit insgesamt 720 Pferdekräften aufgestellt. Der Flug fand unter der Ueberwachung des offiziellen Fliegerverbandes auf dem Staaken-Flugplatz in der Nähe Berlins statt. Mit einer Belastung von einer Tonne erreichte Steindorf über eine Strecke von 500 Kilometern (312.5 Meilen) eine Geschwindigkeit von 165 Kilometern (103 Meilen) in der Stunde.

Oesterreich.

Der bis jetzt angemeldete Raumanspruch der Aussteller für die Wiener Frühjahrsmesse, die vom 13. bis 19. März stattfindet, ist im Vergleich zu der letzten Herbstmesse von 23,631 Quadratmetern auf 25,475 Quadratmeter gestiegen, wobei der Platzbedarf der Landwirtschaft nicht mitgerechnet ist. Die starken Anmeldungen beweisen, daß die Wiener Messe ihre Anziehungskraft auf Handel, Gewerbe und Industrie nicht nur ungeschwächt ausübt, sondern daß das Interesse bei den leistungsfähigen Firmen, die sich von der Messe einen Erfolg versprechen, noch im Zunehmen ist. Zahlreich sind die Anmeldungen in der Ledergalanteriewarenbranche, im Kunstgewerbe, in der Wirk- und Strickwarenbranche, ganz besonders aber in fast allen Zweigen der technischen Messe. Eine gewaltige Ausdehnung wird die Automobil-Ausstellung in der Rotunde haben, welche nebst den glanzvollsten Erzeugnissen der heimischen Industrie auch sämtliche führende Weltmarken des Auslandes vereinigen wird. Zum ersten Male wird auf dieser Messe der Autobus in größerem Stil erscheinen, eine Auswirkung der im näheren Auslande und endlich auch in Oesterreich immer mehr um sich greifenden Automobilisierung des städtischen und ländlichen Verkehrs. Auch die internationale Motorrad-Ausstellung, auf der alle namhaften Marken vertreten sein werden, wird sich sehr repräsentativ ausnehmen.

Sämtliche Nachtlokale in Wien haben dem Finanzreferenten der Stadt, dem Sozialdemokraten Dr. Reitner, mitgeteilt, daß sie ihre Betriebe schließen werden. Sie sind nicht mehr imstande, die riesigen Gemeindesteuern, die fast 50 Prozent der Bruttoeinnahmen betragen, aufzubringen.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den ehemaligen österreichischen Landesverteidigungsminister Feldmarschall-Leutnant Czapp, nach dem Kriege Präsident des Aufsichtsrates der zusammengebrochenen Nordisch-Oesterreichischen Bank, sowie gegen den holländischen Generalkonsul Julius von Roven, der demselben Aufsichtsrat angehörte, die Anklage wegen Konkursvergehens erhoben.

In gesellschaftlichen Kreisen und besonders in der hohen Beamtenschaft erregt die Verhaftung eines jungen Mannes, der durch Leichtsinn auf die Bahn des Verbrechens gelangt ist, peinlichstes Aufsehen. Es handelt sich um Johann Marek, den 30 Jahre alten Sohn des ehemaligen Finanzministers Karl Marek, der Kreditschwindeleien verübte. Johann Marek genoß eine sorgfältige Erziehung und absolvierte das Gymnasium. Nachher brachte ihn sein Vater in einem Bankbureau einer kleinen Stadt Niederösterreichs unter. Eines Tages erstattete ein Offizier gegen ihn Strafanzeige, weil er sein Bankdepot unterschlagen habe. Marek wurde zu einer Kerkerstrafe von 1½ Jahren verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe verband er sich mit einem anderen Mann zu weiteren Schwindeleien. Die beiden trieben dann Kreditschwindel mit Buregoartikeln und Schreibmaschinen; und mehr als hundert Geschäftsleute wurden von ihnen betrogen.

Ungarn.

Die älteste katholische Kirche in Budapest wird neu eingesegnet werden müssen, weil ein Mann namens Ladislaus Szabo sich dort während des Gottesdienstes erschossen hat. Als der Knall des Schusses durch das Gotteshaus hallte, unterbrach der Bischof den Gottesdienst und die Kirche wurde geschlossen, weil die sakrilegische Tat eine Neueinweihung nötig macht.

Frankreich.

Die französischen Kommunisten drängen sich zum Dienst in der Marine. Der staatliche Geheimdienst hat nunmehr festgestellt, daß die Führer der Partei die Parole ausgegeben haben, Kommunisten sollten versuchen, auf französische Kriegsschiffe zu kommen, um gegebenen Falles „zur Aktion" schreiten zu können. Wird diese indirekte Drohung auch nicht ernst genommen, so erinnert man sich doch an Meutereien der Bolschewiki auf russischen Schlachtschiffen. Besonders aber wird die Meuterei auf den französischen Schiffen im Schwarzen Meere lebendig, die von dem Kommunisten Andree Marty geleitet wurde, der mittlerweile zuerst in den Pariser Stadtrat und dann in die Kammer gewählt wurde.

Unterhandlungen zwischen Frankreich und Spanien bezüglich der Frage über die Stadt Tanger in Nordafrika werden am Quai d'Orsay eröffnet. Die Unterhandlungen drehen sich um die Forderung Spaniens, daß die Stadt Tanger und das umliegende Gebiet der spanischen Zone einverleibt und ausschließlich von Madrid aus regiert werde. Nach einem im Jahre 1923 zwischen Frankreich, Spanien und Großbritannien getroffenen Abkommen wurde in der Stadt Tanger eine internationale Regierung eingesetzt. Frankreich wird die Forderung Spaniens zurückweisen und einen Vergleich vorschlagen, wonach Spanien das Recht eingeräumt wird, anti-spanische Propaganda in Tanger und den Waffenschmuggel zu unterdrücken, indem es größeren Anteil an der internationalen Verwaltung erhält.

Premier Poincare hat allen Hoffnungen auf eine sofortige Stabilisierung des Franken oder den Befürchtungen vor einem solchen Schritt ein Ende gemacht, indem er in der Abgeordneten-Kammer die Erklärung abgab, daß eine solche Maßnahme zu gefährlich sein würde. Er sagte unter anderem: „Mir ist vorgeworfen worden, daß ich meine politische Stellung dadurch zu sichern bestrebt sei, daß ich den Franken nicht stabilisiere. Ich bin bereit, meinen Platz dem Manne abzutreten, der den Franken stabilisieren will, aber damit ist eine zu große Gefahr verknüpft und wir müssen zuerst die finanzielle Wiederherstellung sichern."

Gelegentlich eines Bankets der Veteranen des Saloniki-Feldzugs des Weltkrieges hielt Briand eine Rede, in welcher er mit Eifer seine Locarno-Politik verteidigte und zugleich die von seinen Opponenten gegen ihn erhobene Anschuldigung, sich als eine Art Messias zu fühlen, entschieden zurückwies. Erhobenen Tones rief er: „Frankreich kann sich nach den errungenen Siegen weder erniedrigen noch kompromitieren, wenn es, frei von jedem Gedanken des Imperialismus, sich vor der ganzen Welt erhebt, um bekannt zu geben: „Friede sei mit Euch".

Großbritannien.

König George eröffnete die dritte Session des im Jahre 1924 erwählten britischen Parlaments mit der üblichen Thronrede, die in Wirklichkeit eine Erklärung des Ministeriums ist. Der König wies in der Rede darauf hin, daß angesichts der Vorgänge in Hankau und anderswo die Entsendung ausreichender Streitkräfte nach China für notwendig erachtet worden sei.

„Meine Beziehungen zu den Auslandsmächten sind andauernd freundschaftlich", sagte er. „Der Völkerbund ist gestärkt und ein weiterer Schritt zur Wiederherstellung normaler Beziehungen in Europa ist getan worden mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und seiner Ernennung zum ständigen Mitglied des Völkerbundrats. Zur Fortführung dieser Politik wurde Ende vorigen Monats die Möglichkeit gefunden, das System der Militärkontrolle der Alliierten in Deutschland, das durch den Vertrag von Versailles aufgerichtet worden war, zu beendigen und alle Fragen bezüglich der militärischen Bestimmungen des Vertrages dem Völkerbund anheimzustellen.

„Die Fortdauer des Bürgerkrieges in China und die damit verknüpfte fremdenfeindliche, besonders britenfeindliche Agitation haben mir große Beunruhigung bereitet. Infolge der Vorgänge in Hankau und anderswo fühlte sich die Regierung genötigt, ausreichende Streitkräfte nach dem Fernen Osten zu entsenden, um das Leben meiner britischen und indischen Untertanen gegen Volkswut, Gewalttätigkeit und Angriffe mit Waffen zu beschützen. Aber ich wünsche ernstlich eine friedliche Lösung der entstandenen Schwierigkeiten, und meine Regierung hat den chinesischen Behörden Vorschläge unterbreiten lassen, welche die öffentliche Meinung in China und in der ganzen Welt überzeugen sollten, daß es der Wunsch des britischen Volkes ist, alle wirklichen Beschwerden zu beseitigen, unsere Verträge auf der Grundlage von Recht und Billigkeit zu erneuern und unsere zukünftigen Beziehungen zum chinesischen Volk auf den Fuß der Freundschaft und des guten Willens zu stellen. Meine Regierung wird an unserer traditionellen Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas festhalten."

In der sich anschließenden China-Debatte des Unterhauses ergriff der frühere Arbeiterpartei-Premier, Ramsay MacDonald, das Wort zu der Erklärung, daß die britische Regierung mit Feuer spiele, wenn sie Truppen nach China schicke. Er forderte sofortige Wiederaufnahme der Unterhandlungen mit den Chinesen und Ablenkung der bereits nach dem Fernen Osten fahrenden Truppen. Auf keinen Fall dürften sie irgendwo in China gelandet werden.

Premier Baldwin erwiderte, die Regierung wünsche Truppen in Schanghai landen lassen, falls die dortigen britischen Vertreter eine solche Dringlichkeitsmaßnahme für notwendig erachten sollten; Falls kein solcher Dringlichkeitsfall vorliegen sollte, würde die zuerst abgegangene Brigade in Hongkong in Bereitschaft gehalten werden, bis der Rest der Streitkräfte ankommen werde. Sich auf eine Verständigung mit dem Außenminister der Kanton-Regierung, Eugene Chen, oder mit der Pekinger Regierung bezüglich der Truppen einzulassen, die abgesandt seien, um Leben britischer Untertanen zu beschützen, lehnte er ab.

„Nichts ist in Hankau geschehen," sagte er, „das uns bewegen könnte, unseren Entschluß zu ändern, durch Unterhandlungen zu erreichen, was wir bezwecken." Er fügte hinzu, der britische Geschäftsträger, Owen O'Malley, warte auf eine weitere Mitteilung Chens.

Baldwin verglich die gegenwärtige Lage in China mit dem einstigen Boxeraufstand; es sei nicht leicht in einem Bürgerkrieg mit den feindlichen Parteien zu unterhandeln, ohne Anstoß zu erregen. Die Bewohner der Fremdenstadt in Schanghai seien sich darüber einig, daß eine Räumung derselben unmöglich sei. Sie seien in Gefahr, solange um Schanghai gekämpft werde. Ueber MacDonalds Bemerkung, daß er — Baldwin — Truppen für Polizeizwecke mißbrauche, machte sich der Premier lustig, indem er sagte, er hätte am liebsten Londoner Polizei nach China geschickt, aber das sei leider nicht möglich.

Nach der Thronrede kam es zu einem erheiternden Zwischenfall, als der Prinz von Wales, der mit Säbel und langem roten Mantel zu erscheinen und nach dem Königspaar allein zum Ausgang des Saales zu schreiten hatte, wie es die Thronreden-Etikette vorschreibt, Mantel und Säbel miteinander verwickelte und stolperte. Er half sich über den unliebsamen Vorfall mit einem lustigen Lächeln hinweg.

Italien.

Gerüchte sind in diplomatischen Kreisen im Umlauf, der deutsche Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann werde wahrscheinlich während seiner Ferien, die er soeben anzutreten beabsichtigt, mit Premier Mussolini zusammentreffen. Wo und unter welchen Umständen diese Zusammenkunft, wenn überhaupt, stattfinden wird, ist soweit nicht bekannt gegeben worden. Mit der Möglichkeit wird gerechnet, daß Premier Mussolini, während sich Dr. Stresemann in Nizza aufhält, eine Reise nach Genua unternehmen dürfte und daß sich dann die beiden Staatsmänner auf halbem Weg, etwa in Bordighera oder San Remo an der italienischen Riviera treffen würden. Andere wiederum sind der Ansicht, daß entweder Stresemann oder Mussolini eine Fahrt auf dem Meer unternehmen und dann „zufällig" zusammentreffen würden, sodaß ihre Konferenz erst bekannt werden würde, nachdem sie tatsächlich stattgefunden hätte.

(Von deutscher Seite wird diese Meldung entschieden bestritten.)

Rumänien.

Ueber die Frage der Thronfolge in Rumänien sind weitere Schwierigkeiten aufgekommen. Verlässliche Privatmeldungen aus Bukarest besagen, daß die nationale Bauernpartei, sowie die besseren Kreise besonders in den Provinzen darauf bestehen, daß Prinz Carol wieder in seine Rechte als Kronprinz, auf die er vor über einem Jahre Verzicht leistete, eingesetzt werde, solange König Ferdinand noch am Leben ist.

Diese Stellungnahme herrscht trotz der Tatsache vor, daß Premier Averescu in einer in der Deputiertenkammer gehaltenen Rede von neuem erklärte, daß die Angelegenheit durch die Einrichtung einer Regentschaft erledigt worden sei und daß diejenigen, die eine Aenderung in dieser Anordnung herbeizuführen versuchen, schwere Strafen zu gewärtigen haben.

Verschiedenerlei Gerüchte sind im Umlaufe. Eins von ihnen sagt, daß Carol sich bereits an der rumänischen Grenze befindet und die Gelegenheit für einen Staatsstreich abwartet. Dieses Gerücht kann aus keiner Quelle bestätigt werden, ebensowenig wie ein anderes, daß er sich auf dem Wege nach

Portugal.

Die Rebellen in Lissabon ergaben sich, nachdem sie in jedem Stadtviertel geschlagen waren. Die im Arsenal verschanzten Revolutionäre flohen. Der Kreuzer „Carvalhao Araujo", der sich den Rebellen anschloß, wurde durch die Landbatterien zum Schweigen gebracht. Die Besatzung zog die weiße Fahne auf und suchte auf einem deutschen Schiff Zuflucht.

Die Revolution gegen die Diktatur von Carmona, nach Ankündigung der Regierung unterdrückt, kostete, soweit bekannt ist, 60 Tote in Lissabon und wahrscheinlich 150 Tote in Oporto. Der Schätzung nach wurden in Oporto und Lissabon 850 Personen verwundet, 500 davon in der Hauptstadt. Nach Angabe der Regierung ergaben sich die Rebellen in Lissabon bedingungslos. Das argentinische Konsulat war unter den vielen Gebäuden in Lissabon, welche Geschützfeuer beschädigte.

Die Rebellen in Oporto ergaben sich schon am Montag bedingungslos. Zwei Rebellenleiter begingen nach einem Bericht Selbstmord, als sie die Hoffnungslosigkeit ihrer Sache sahen.

Die historische alte Stadt Evora wurde von Regierungstruppen 16 Stunden lang beschossen. Der Verlust wird auf 100 Tote und 300 Verwundete veranschlagt. Viele öffentliche Gebäude, Hotels und Wohnhäuser sind zerstört. Evora, von einem römischen General erbaut, mit den Ueberresten eines Tempels der Diana, liegt 85 Meilen südöstlich von Lissabon. In Lissabon schossen die Truppen mit 20 Maschinengewehren auf die rebellische Hauptstadt.

Japan

Unter Entfaltung des höchsten Prunks und unter strengster Beobachtung der alten Zeremonien ist heute die Leiche des am 25. Dezember v. J. verstorbenen Kaisers Joschihito von Japan zu Grabe getragen worden. Die Kosten des Begräbnisses werden auf 1,500,000 Jen ($2,250,000), veranschlagt.

Ungefähr eine Million Leute bildeten zu beiden Seiten des vier Meilen langen Weges, durch den der Leichenzug sich von dem kaiserlichen Palast nach dem Schindschukupark und dem Friedhof von Asakawa, in dem die Gruft gelegen ist, bewegte, Spalier.

In dem Gedränge wurde eine Person getötet und mehr als 100 verletzt, darunter erlitten 20 Leute durch den Sturz in einen Graben Verletzungen.

Was dem japanischen Volk die Person des Ten-o Heika, der himmlischen Majestät, darstellt, kann man bei seinem Tode erst deutlich und ganz verstehen. Bei dieser Gelegenheit der Trauer der ganzen Nation zeigt sich, da auch heute noch die durchaus religiöse Idee der Göttlichkeit des Herrschers im Mittelpunkt des Daseins des japanischen Volkes steht, als das Zentrum seines staatlichen und nationalen Bewußtseins, wie die rote Sonne auf der Kriegsflagge, von der die Strahlen nach allen Richtungen ausgehen.

Im Leichenzuge, in dem Prinz Tschitschibu, der zweite Sohn des Verstorbenen, der zurzeit auch der Thronfolger ist, den an einer Erkältung leidenden Kaiser Hirohito vertrat, befanden sich gegen 9000 Personen, darunter die aus Angehörigen der alten Samurai-Familien zusammengesetzte Ehrenwache.

Als sich der Leichenzug in Bewegung setzte, wurden von Geschützen in allen Garnisonsstädten Japans 101 Schüsse und von den Geschützen der Kriegsschiffe 48 Schüsse abgefeuert.

Das Kaiserpaar begab sich in einem Kraftwagen nach dem Schindschukupark. Dem Brauch gemäß befanden sich keine Frauen in dem Leichenzug. Der Leichenwagen wurde von vier beinahe ganz schwarzen Ochsen gezogen, die einem alten Geschlecht heiliger Tiere entstammen und deren Namen auf den geweihten Täfelchen des Schinto-Dienstes verzeichnet sind.

China.

Hier eingetroffenen Meldungen zufolge haben die Streitkräfte des Marschalls Sun Tschuan-Fang die Stadt Tschötschau, die Vorbastei der Kantoner Armeen in der Provinz Tschekiang, eingenommen und die südlichen Truppen gezwungen, den Rückzug in südwestlicher Richtung anzutreten. Weitere Nachrichten von der Front werden hier mit großer Spannung erwartet. Daß Marschall Sun Tschuan-Fang die größten Anstrengungen macht, um den Vormarsch der südlichen Armeen auf Schanghai aufzuhalten, läßt sich daraus ersehen, daß er jetzt seine letzten Reservetruppen nach der Front bringt. Seine in Nanking stationiert gewesene Leibgarde-Division in der Stärke von 8000 Mann ist auf dem Wege nach der Front Schanghai passiert.

Chinesische Zeitungen bringen die von anderer Seite bisher nicht bestätigten Depeschen, daß die südlichen Truppen die Stadt Fujong, 15 Meilen südwestlich von Hangtschau besetzt haben. Man hält es für wahrscheinlich, daß die nationalistischen Armeen, um politische Verwicklungen mit den Vertragsmächten zu vermeiden, nur bis auf eine gewisse Distanz von Schanghai vorrücken werden, ohne von der Stadt selbst Besitz zu ergreifen. Die Nationalisten behaupten, ihre Truppenmacht an der Front längs des Tientangflusses verstärkt zu haben und jede der kriegführenden Gruppen soll dort über 40,000 Mann verfügen.

Jang Jün-Ting, der Generalstabschef des Marschalls Tschang Tso-Lin, hat diesen telegraphisch aufgefordert, sofort nach Mukden zurückzukehren. Man bringt dieses dringende Ersuchen Jangs mit den Gerüchten in Verbindung, daß Sowjettruppen an der mandschurischen Grenze konzentriert werden. Diese Gerüchte finden nicht viel Glauben, da man es für nahezu unmöglich hält, daß russische Truppen mitten im Winter durch die Gobiwüste vorrücken könnten.

Ver. Staaten.

Staatssekretär Kellogg hat den Wortlaut der den militärischen Führern der beiden kriegführenden chinesischen Gruppen direkt übermittelten Noten bekannt gemacht, in denen er den Vorschlag gemacht hat, von der internationalen Ansiedlung in Schanghai den Krieg fernzuhalten.

In dem Vorschlag wird ausgeführt, daß er formuliert wurde, „um amerikanischen Bürgern und anderen Ausländern ausreichenden Schutz angedeihen zu lassen," daß aber auch die Washingtoner Regierung sich bereit erkläre, „an gehörig eingeleiteten und durchgeführten freundschaftlichen Unterhandlungen über den zukünftigen Status der Ansiedlung teilzunehmen."

Nach Mitteilung des Staatsdepartements wurden die amerikanischen Vorschläge vom amerikanischen Gesandten John Van A. MacMurray dem Marschall Tschang Tso-Lin als Diktator des Bündnisses der nördlichen Militärgouverneure Chinas am letzten Freitag und von dem amerikanischen Generalkonsul in Hankau dem General Tschiang Kai-Schek, dem Oberbefehlshaber der südlichen oder Kantoner Regierung gestern überreicht. Ferner wurde der amerikanische Generalkonsul in Schanghai angewiesen, diese Angelegenheit direkt mit General Sun Tschuan-Fang, dem Gouverneur der Provinz Kiangsu, in der Schanghai gelegen ist, zu besprechen.

Chile.

Kriegsminister General Ibanez bemächtigte sich der Regierung mit der Begründung, daß der Bolschewismus in Chile eine gefährliche Ausdehnung annehme. Mit Unterstützung des Heeres bildet er ein Ministerium, das unter seiner Führung, wie er sagt, die Frage ein für allemal lösen werde.

„Moskaus Einfluß in Chile", sagt General Ibanez in einer Erklärung, „muß gebrochen werden. Das Mittel hierzu ist Umbildung der Regierung und die Heranziehung von jüngerem Blut." Der Ankündigung folgte der Rücktritt des Kabinetts. Der Präsident beauftragte darauf General Ibanez mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Belgrad befindet, um die Sympathie seiner Schwester Marie, der Gattin des Königs Alexander von Jugoslawien, für sich zu gewinnen.

Einige von Carols Anhängern sind der Ansicht, daß die Rückberufung des Prinzen Carol trotz der Erklärung des Premiers Averescu noch auf friedlichem Wege herbeigeführt werden könne. Sie sollen ihm geraten haben, keine Schritte zu unternehmen, durch die ihm die Tür für seine Aussichten, den rumänischen Thron zu besteigen, für immer geschlossen werden könnte.